

Faktencheck Gorißen zu den offenen Briefen in Sachen Klimaschutz

Stand: 10. März

Aussage von Backhaus und Wille	Entgegnung Landrätin Gorißen	Bewertung
Der Kreis Kleve kennt seine CO2-Reduktionsziele nicht.	keine Entgegnung	Wenn die Kreisverwaltung noch nicht einmal weiß, welche konkreten CO2-Reduktionsverpflichtungen bestehen, kann keine darauf ausgerichtete Politik gemacht werden: Was muss im Kreis Kleve bis wann konkret erfolgen? Die Kreisverwaltung befindet sich im klimapolitischen Blindflug.
Zwei Stellen sind nicht genug, um die Aufgaben des Klimaschutzes im Kreis Kleve zu bewältigen.	keine Stellungnahme	Was notwendig und möglich ist, zeigt der vergleichbare Kreis Steinfurt, der in diesem Bereich 10 Mitarbeitende beschäftigt.
Die vor einem Jahr beschlossenen Stellen sind noch unbesetzt; nur 0,5 Stelle ab 1. Mai 2022	bestätigt Darstellung	Ein aktives Personal-Recruiting seitens der Kreisverwaltung ist nicht bekannt.
	Interne Umbesetzung als Alternative Anschuldigung wider besseren Wissens	Die Umbesetzung von Personal wurde mündlich im Umweltausschuss im Januar als eine Überlegung dargestellt – aber nicht als Fakt. Im Protokoll der Sitzung des Umweltausschusses am 26. Januar 2022 findet sich dazu nichts. Die Landrätin kennt offensichtlich die Protokolle ihrer eigenen Verwaltung nicht. Den Vorwurf von „Anschuldigungen wider besseren Wissens“ weisen wir zurück. Außerdem werden durch den Abzug von Personal im Bereich des schon jetzt personell

		unterbesetzten Fachbereiches 6 neue Löcher aufgerissen.
Die Kreisverwaltung hat die Stellen durch Befristung unattraktiver gemacht und auch nach der ersten erfolglosen Bewerbungsrunde nichts unternommen, um die Stellen attraktiver zu machen.	„Alle Eckdaten der Stellenausschreibung beruhen auf Beschlüssen des Kreistages.“	Das ist falsch, der entsprechende Antrag der 4er-Gruppe zum Doppelhaushalt des Kreises Kleve enthält keine Festlegungen zum Gehalt und keine Vorgabe zur Stellenbefristung. Die Kreisverwaltung hat die Befristung von sich aus angekündigt, um so Fördermittel des Landes besser mitnehmen zu können. Eine verbindliche Vorgabe seitens der Politik war und ist es nicht. (Belege: Protokoll der Kreisausschusssitzung vom 15.4.2021 Seite 7 f. zzgl. Anlage, Protokoll der Kreistagsitzung vom 29. April 2021 Seite 14 ff.)
"Es gibt keine konzeptionellen Initiativen zum Klimaschutz.“	„der Kreis Kleve erzeugt laut Energieatlas NRW des LANUV beim Ausbau der erneuerbaren Energien Ende 2020 (jüngster Bericht) bereits bei 48,8 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien“	Der Verweis auf den Anteil der erneuerbaren Energien kann nicht verdecken, dass es keine konzeptionellen Initiativen und Konzepte des Kreises Kleve gibt. Der Anteil erneuerbarer Energien wurde fast ausnahmslos durch Private erreicht – der Kreis Kleve hatte daran keinen Anteil. Im übrigen haben andere vergleichbare Landkreise in NRW wie Borken und Paderborn wesentlich höhere Werte: 76,1 % bzw. 112%. Konzeptionelle Initiativen wären zum Beispiel ein Masterplan Solarenergie und ein Masterplan Windenergie, mit dem der Ausbau systematisch angegangen wird.

Vergleich Kreis Steinfurt	Keine Entgegnung	Der Kreis Steinfurt macht seit über 20 Jahren aktive Klimaschutzpolitik. Gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wurde der Verein Energieland2050 gegründet (https://energieland2050-dialog.de/start/index), der viele Projekte und Initiativen vorantreibt und 10 Mitarbeiter:innen beschäftigt.
Wer schreibt jetzt Förderanträge?	In allen Fachbereichen wird geprüft, ob es Fördermittel von Bund, Land oder EU gibt.	Nichts Konkretes. Wie viele Förderanträge wurden geschrieben? Wie viele waren erfolgreich?
Keine Koordination seitens des Kreises in den Bereichen „Lade-Infrastruktur für Elektroautos“, Nutzung Parkplatzflächen & Dachflächen,	Viele Umwelt-Themen werden bereits durch die Kreisverwaltung bearbeitet, beispielsweise die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern der kreiseigenen Gebäude, die Errichtung von Radverkehrswegen und die Begleitung der Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve-Nijmegen.	Nichts Konkretes. Ergebnisse? Vermischung mit anderen Aktivitäten wie z. B. Öko-Modellregion, die zwar sinnvoll sind, aber mit Klimaschutz im engeren Sinne nichts zu tun haben.
Keine strategische Wirtschaftsförderung	Keine Entgegnung	
	„Es ist enttäuschend, feststellen zu müssen, wie wenig sich die Kandidaten mit den durch die Kreisverwaltung betreuten Angelegenheiten auskennen. Hier hätte eine entsprechende Information innerhalb der eigenen Fraktion sicher Abhilfe schaffen können.“	Beide Briefunterzeichner haben an den entscheidenden Sitzungen persönlich teilgenommen. Der Vorwurf der Landrätin ist falsch.